

Bezugpreis:

Wochenpreis 1.80 - M. monatlich 6.00 - M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpaltige Nonpareil-Zeile kostet 25.- M. ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Montag, den 17. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Der englisch-französische Gegensatz.

Poincaré macht wieder scharf.

Jedesmal, wenn das Reparationsproblem in eine kritische Phase gelangt, tritt der englisch-französische Gegensatz in Erscheinung.

Die zwischen Frankreich und England stets vermittelnden „Times“ schildern den Gegensatz etwas optimistisch:

Bei den Differenzen zwischen der britischen offiziellen Auffassung, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werden soll, und dem französischen Standpunkt, wonach erst der Bericht der Reparationskommission abgewartet werden soll, handelt es sich nur um Einzelfragen.

Indessen verdichten sich die Meldungen, wonach Poincarés Anstrengungen darauf gerichtet seien, ein abschließliches Versehen Deutschlands feststellen zu lassen.

Indessen ist es zweifellos richtig, daß die Bestrebungen der französischen Regierung mit den Hoffnungen des „Echo National“ übereinstimmen.

Poincaré wünscht eine rasche und eingehende Aussprache über das Reparationsproblem mit Lloyd George.

1. Vor der Welt muß erklärt werden, daß Deutschland absichtlich Bankrott beging.

Zur Feststellung des „absichtlichen Bankrotts“ Deutschlands wird Poincaré beweisen müssen, daß Rathenaus Ermordung, die offenkundig die Ursache des neuen Marksturzes und der neuen Finanzschwierigkeiten Deutschlands war, bestellte Arbeit der Reichsregierung war.

Indessen hält sich Poincaré selbst augenscheinlich noch etwas zurück. Er fuhr gestern nach dem Osten zur Einweihung einiger Kriegerdenkmäler und hielt dort heftige Reden über die Kriegsschuld Deutschlands.

All dem gegenüber steht die Tatsache, daß die englische Presse ziemlich einstimmig die Forderung aufstellt, daß Deutschland der erbetene Zahlungsausschub gewährt werde.

- 1. Die französischen Schulden an England müssen annulliert werden. 2. Frankreich muß einer Herabsetzung der Reparationschuld auf 2500 Millionen Pfund (50 Milliarden Goldmark) zustimmen.

Das wäre wohl die befreiende Lösung, auf die die Welt seit Jahren wartet.

Der Bürgerblock.

Die demokratische „Berliner Montagspost“ meldet:

Die Anregung des Zentrums, nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten zu bilden, war am Sonntag Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Zentrumsführer Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Stresemann und den beiden demokratischen Führern Petersen und Koch.

Die Frage der Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der drei Parteien wird nunmehr in den Fraktionsberatungen dieser Parteien selbst zur Beratung gestellt werden.

Dazu schreibt Herr Petersen einen Leitartikel über die „Politik der Mitte“, die er durch ein Zusammenstimmen der beiden „Arbeitsgemeinschaften“, der sozialdemokratischen und der bürgerlichen, zustande bringen will.

Das nächste Gerücht von einem „Block der Bürgerlichen“ gegen den „Block der Sozialisten“ im Sinne früherer Zeit kann nur der anstimmen, der die Dinge nicht klar sieht oder der sie aus agitatorischen Gründen verdrängen will.

Etwas anders sieht die „Kreuzzeitung“ die Dinge, wenn sie erklärt:

Die Loge erfordert natürlich auch die Aufmerksamkeit der Deutschnationalen Volkspartei. Die bürgerlichen Parteien, die sich zur Arbeits- oder Zweckgemeinschaft zusammenschließen wollen, haben sich auch mit der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigt.

In der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gibt es also schon zwei Flügel, von denen der eine zu den Deutschnationalen hinübergreift.

Resultat: Es gibt zwei Arbeitsgemeinschaften, aber es kann nicht gearbeitet werden. Keine von beiden hat eine Mehrheit.

Nur sozial ist klar: der neugegründete Parteiverband rechts von den beiden sozialdemokratischen Parteien nötig! diese zu desto festerem Zusammenhalt.

Die Sprache von ehemdem.

Nachdem sich die Reichsregierung unter dem Eindruck des Rathenau-Mordes endlich dazu entschlossen hat, in dem Kreis der Befehle zum Schutze der Republik auch ein Schutzgesetz gegen reaktionäre Beamte vorzulegen, ist die Entrüstung in den Rechtsparteien ganz besonders hoch gestiegen.

Die Revolution ist wie auf vielen anderen Gebieten auch diesen reaktionären Beamtschichten gegenüber mit einer außerordentlichen Wut verfahren. Sie alle stellten sich ja auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“ und erklärten sich bereit, dem Staate auch unter den neuen Machtverhältnissen zu dienen.

Das Gesetz über die Pflichten der Beamten gegenüber der Republik entspricht auch heute noch kaum den Anforderungen, die verschiedene Republikaner zu stellen berechtigt wären.

Der Angeschuldigte verkennt, daß die ihm zur Last gelegte und durch sein glaubhaftes Zugeständnis erwiesene Tatsache, das voll- und zweckbewußt öffentliche Betreten zu einer politischen Partei, deren Ziel der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung im Reich und den Bundesstaaten und ihrer Grundlagen in Gesetz und Recht, in Religion, Ethik und Moral ist, nach §§ 10 und 72 des Reichsbeamtengesetzes als ein Dienstvergehen angesehen und bestraft werden muß.

Auch die höchste Disziplinarbehörde, der „Kaiserliche Disziplinarhof“ zu Leipzig hielt eine solche Rechtsprechung für durchaus zutreffend.

Der Disziplinarhof hatte jedoch der Beurteilung des vorliegenden Falles seitens der Disziplinarkammer beizutreten. Diese Beurteilung entspricht durchaus denjenigen Grundätzen, welche von ihm schon wiederholt zur Anwendung zu bringen waren.

ist unmöglich den demjenigen zu gewärtigen, welcher öffentlich kundgibt, er mache mit demjenigen gemeinsame Sache, die die bestehende Staatsform in ihren Grundlagen zu untergraben streben. . .

Diese Beurteilung des Bekenntnisses zur Sozialdemokratie war im allernächsten wilhelminischen Zeitalter gang und gäbe. Trotz einer jahrzehntelangen politischen Tätigkeit unserer Partei klar erwiesen hatte, daß sie jede gewaltsame Aenderung der bestehenden Verhältnisse ablehne, dichtete man ihr ebenso schlußfolgerungen zu ziehen, wie sie in den erwähnten Ministerialakten niedergelegt sind. Aber nicht allein Sozialdemokraten hatten unter diesem Gewissensdruck zu leiden. Sogar harmlose freisinnige Gemeindevorsteher wurden gemahregelt, weil sie den der Tradition nach konservativen Vandräten ein Dorn im Auge waren.

Heute aber, da innerhalb und außerhalb der Amtsstuben der politische Mord an den Vertretern der Republik gepredigt und verherrlicht wird, da ein politischer Mord nach dem anderen das Staatsgefüge erschüttert, schreiben die Monarchisten über „Bergewaltigung der Meinungsfreiheit“ und Verletzung der in der Verfassung verbürgten „wählerwerbenden Beamtenrechte.“ Das ist nichts als leere Heuchelei. Sehen wir den unwahrscheinlichen Fall, daß die Reaktion plötzlich Oberwasser befäme und durch einen Putsch das monarchistische System wieder einführen könnte, so würde sie ganz zweifellos zunächst versuchen, alle republikanischen Beamten aus ihren Stellen zu entfernen. Die Anweisung des „Kapp-Ministers“ Jagow, der alle sozialistischen und demokratischen Regierungs- und Oberpräsidenten mit einem Federstrich beiseite zu werfen wollte, ist dafür ein leuchtendes Beispiel.

Die Republik braucht so wenig, wie die Disziplinarkammer von Kassel den Sozialdemokraten, den monarchistischen Beamten von heute „die Achtung vertragen, die der Mensch dem Menschen einbringen soll“, aber sie muß endlich gegenüber den offenen monarchistischen Propagandisten und den heimlichen Saboteuren in den Amtsstuben eine feste Hand zeigen. Nur so kann sie sich bei ihren eigenen Dienern den nötigen Respekt verschaffen.

Politische Vertiertheit.

Organisation C an Frau Rielisch.

Reichstagsler Dr. Wirth hat in seiner Rede vom 23. Juni von einem Zustand der politischen Vertiertheit gesprochen, der in Deutschland eingerissen sei. Er gebrauchte diesen Ausdruck im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Witwe Erzbergers nach dessen Ermordung Schmäddbriefe ungeheuerlichen Inhalts zugegangen sind. Ein Gegenstück dazu veröffentlichte die „Freiheit“ in ihrer gestrigen Ausgabe. Es handelt sich um einen Brief, der im vorigen Jahre der Gattin des bayerischen unabhängigen Landtagsabgeordneten Rielisch zugegangen war und der im Killingerprozeß zu Offenburg verlesen wurde. Der Brief lautet:

Münster, Sommerjonnenswende 21.
Warnung!

Nicht der Gattin einer menschengewordenen Pestbeule am deutschen Volkstempel, sondern der Mutter den dringenden Rat, sich mit Befehlsmacht samt kompletter Familie aus Bayern verschlüpfen zu wollen. — Sollte Ihr Gott, die zeitliche Differenz 1919 bis 1921 ignorierend, hoffen, wiederum eine, den national empfindenden Teil des deutschen Volkes befüßigende, politisch prominente Rolle spielen zu können, so bekommt dieser wahndesangene Schädling an deutscher Eiche nicht etwa bloß einen Denzettel wie die Judensubben Dr. Hirschfeld — dieser Schweinigel — oder Sängler, oder der geschmiessete Desulturbengstl Erzberger, sondern gleich Diebknacht, Luzemburg, Haase, Eisner und Gareis wird dieser Rielisch beim Austausch im politischen Reichsbilde Münchens nicht ab irato, sondern kaltblütig elegant abgehoffen wie ein Kölner Rauchstopp in einer Jahrmarktschilde.

Unertzglich widerwärtig sind vollends ganz und halbgebildete Schulmeister als politische Exaltatos. Hat Matt als pflichtbewußter

Minister solche Schädlinge beruflich unschädlich zu machen, so ist es unsere Pflicht — getragen von der Zustimmung des edelbedenkenden Volksteils — dieselben physisch zu eliminieren. Das möge auch der hyperfluge Rattenjäger Auer beherzigen.

Die Mutter ist gewarnt! Qui vivra verra!
22. 6. 21.

S. K.: Das schwarze Hundert, San Südbayern.

Als Verfasser wurde nach der „Freiheit“ ein Leutnant Müller von der Organisation O festgestellt, der jedoch, als unbeeidigter Zeuge vernommen, versicherte, diesen Brief nicht geschrieben zu haben.

Zum Schutze der Republik.

Die Regierungsparteien des Reichstages haben einen Gesetzentwurf folgenden Wortlauts eingebracht: „Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.“

Arbeitsgemeinschaftler Stresemann.

Nachdem eben die bisherigen Regierungsparteien im Reichstag einen Antrag eingebracht haben, den Verfassungstag (11. August) zum Nationalfeiertag zu erheben, hält es das neue Glied der „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“, die Deutsche Volkspartei, für nötig, in einem Gegenantrage die Bestimmung des 18. Januar, des Tages der Kaiserausrufung von Versailles, zum Reichsfeiertag zu fordern! So beginnt die republikanische „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ ihre Wirksamkeit gleich mit einer symbolischen Handlung!

Dollarschwankung: 443—463!

Bei Beginn der neuen Woche war die Nachfrage nach Devisen an der Berliner Börse wieder sehr stark. Man verweilte auf die unklare innerpolitische Lage. Der Dollar wurde vormittags mit 463 gehandelt, ging an der Börse aber zeitweilig bis auf 443 zurück und stellte sich um 1 Uhr etwa auf 449 bis 450. Die ausländischen Industriepapiere lagen durchweg schwächer. Die Hausse in türkischen und ungarischen Renten dauert an.

Zum Waffensfund im Marine-Arsenal.

Man schreibt uns aus Kiel:

Der „Vorwärts“ brachte von einigen Tagen eine Meldung über einen Waffensfund auf dem Kieler Marine-Arsenal durch eine Kontrollkommission der Entente. Vom Kommando der Marinestation der Ostsee ging darauf der Presse ein amtlicher Bericht zu, nachdem sowohl die Station als auch das Arsenal-Kommando von diesem Funde überrascht worden seien. Zugegeben wurde, daß außer etwa 250 Maschinengewehren rund 600 Gewehre und eine Anzahl Gebrauchsgegenstände gefunden worden sind. Zum Schutze wird angeordnet, daß eine Untersuchung angeordnet sei.

Trotzdem seit dem Funde schon rund 8 Tage verlossen sind, ist von dem Ergebnis der Untersuchung noch nichts weiter in die Öffentlichkeit gedrungen, als daß der Arbeiter, der angeblich das Versteck der Waffen der Entente-Kommission mitgeteilt hat, auf Anordnung des Oberprokurators unter dem dringenden Verdachte des Landesverrats verhaftet worden ist.

Wir billigen es gewiß nicht, daß unter Umgehung der deutschen Instanzen von dem Waffensversteck der Entente Mitteilung gemacht worden ist. Aber es will doch scheinen, als ob man hier wieder recht einseitig zugreift. Die Hauptschuldigen sind doch diejenigen, die die Waffen verheimlicht haben! Es ist doch den maßgebenden Instanzen wirklich leicht gemacht, die Schuldigen zu finden. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel brachte am 13. Juli folgende Notiz:

„Am Freitagmorgen wurde von der Kontrollkommission der Entente eine Anzahl Maschinengewehre gefunden und beschlagnahmt. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend führten sich zwei ehemalige Marineoffiziere, Heimsohn und

Knußen, veranlaßt, ein noch nicht entdecktes Waffenslager von einem Versteck nach einer Waggonverladungsgasse zu transportieren. Es handelte sich um 48 neue schwere Maschinen-Gewehre, die man mit der Eisenbahn weiter verschleppen wollte. Sie waren auch nicht verrostet, sondern vollständig staubfrei. Aus welchem Grunde haben sich die Herren der nächtlichen anstrengenden Arbeit unterzogen? Eine Untersuchung muß eingeleitet werden, ob diese Waffensfunde mit den Waffensfunden in anderen Orten in Verbindung zu bringen sind. Die Kosten tragen die Besatzung L. W. und sind numeriert. Die niedrigste Nummer ist 25, die höchste 70. Es fehlen also verschiedene Nummern, die man vielleicht an anderen Orten finden könnte. Das deutsche Volk hat ein Interesse daran, daß es nicht durch das unverantwortliche Handeln einzelner Personen der Gefahr neuer Retrospektiven ausgesetzt wird. Die zuständigen Stellen sollten deshalb sofort eine Untersuchung gegen die Herren Heimsohn, Knußen und auch gegen den Leiter der Artillerieabteilung, Kapitän Jung, einleiten.“

Wir bemerken noch dazu, daß diese 48 neuen Maschinengewehre nachträglich von der Entente-Kommission doch gefunden worden sind. Was ist aber geschehen, um die am Waffensversteck Schuldigen ihrer Strafe zuzuführen?

Das Reichskriminalgesetz angenommen.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte am Sonntag nachmittag die Beratungen über die Errichtung eines Reichspolizeiamtes und von Bundeskriminalpolizeibehörden fort. Emminger (Bayr. Sp.) machte wiederholt unter Unterstützung des bayerischen Gesandten v. Preger Bedenken geltend gegen die Zentralisierung, die der Entwurf bringe. Reichsminister Dr. Köster erwiderte, daß selbst ein so guter Bayer wie der frühere Justizminister Dr. Müller Meinungen ein Reichskriminalpolizeigesetz gefordert habe. Köster (Dem.) glaubt, daß die neue Organisation manche Verbrechen rechtzeitig werde verhindern können. Reichsjustizminister: Rabbat: Gerade das mangelhafte Zusammenarbeiten der Reichsbehörden und der Landesbehörden bei der Verfolgung der Rathenau-Mörder hat die Notwendigkeit einer Reichspolizei gezeigt. Bei der über das ganze Land verzweigten Organisation C müssen örtliche Polizeibehörden, die den Zusammenhang nicht kennen, versagen. Auch bei gemeinen Verbrechen, wo Banden jezt manchmal über das ganze Land hin arbeiten, ist jedenfalls die Reichspolizei notwendig. Für die Bekämpfung der Spionage gilt dasselbe. Sed (USB.) berichtete, daß die Verfolgung der Erzberger-Mörder sich verzögert habe, weil man in Karlsruhe Kompetenzkonflikte mit München gelteut habe. Uebri-gens müße das hinterlistige Hinmorden Erzbergers und Rathenaus, wo keiner der Täter den Mut hatte, zu seinen Taten zu stehen, nicht als politisches, sondern als gemeines Verbrechen gewertet werden. (Auseitige Zustimmung.)

Der § 1 wurde in folgender Fassung angenommen: Zur Verhütung und Bekämpfung des Verbrechertums, das sein Tätigkeitsfeld nicht auf bestimmte Orte und Landesgebiete beschränkt, wird ein Reichs-Kriminalpolizeiamt errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt.

Die §§ 2—5, die die Errichtung und die Aufgaben der Bundeskriminalpolizeiamter betreffen, wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. Der § 6 stellt fest, daß das Reichs-Kriminalpolizeiamt Richtlinien für die einheitliche Geschäftsführung der Bundeskriminalbehörden und für entsprechende Ausbildung der Beamten zu sorgen habe.

Eisenbahn und Jahndungsaktion. Unsere Mitteilung über das Verlangen der Berliner Eisenbahndirektion bei der Beförderung der Berliner Polizeibeamten nach Gardelegen veranlaßt die Eisenbahndirektion zu der uns unmittelbar vor Redaktionsschluß zugehenden Erklärung, daß die Polizei auf Stellung eines Sonderzuges wegen der Kosten verzichtet habe und daß die Benutzung des D-Zuges nicht in Frage kam, weil das Schupo-Kommando nicht rechtzeitig marschbereit war. Das Polizeipräsidium wird sich wahrscheinlich dazu äußern.

Eine deutschnationale Wochenschrift verboten. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Wochenschrift „Nordwest“, Herausgeber Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Schleswig-Holstein, auf die Dauer von sechs Monaten verboten.

Ein kommunistischer Kreislehrer in Thüringen. Der Führer der kommunistischen Landtagsaktion, Kreislehrer Tenner in Sandhausen bei Gotha, ist, wie die T. L. meldet, von dem thüringischen Minister für Volksbildung Greil zum kommissarischen Kreislehrer des Schulamtsbezirks Weimar II ernannt worden.

Unser Reichstagshaus.

Von Sahn Schitowski.

Wallots Bau entstand in einer Zeit des tiefsten Verfalls der deutschen Kunst und künstlerischen Kultur. Er ist weit davon entfernt, ein Meisterwerk zu sein, er ist nicht einmal das Werk eines schöpferischen Geistes. Aber unter den Erzeugnissen des Akademizismus und Effektzirkus jener Epoche muß er immerhin als eine achtenswerte Arbeit gewürdigt werden, die überkommen, einer anderen Zeit angehörende künstlerische Ausdrucksmittel gewandt, wirkungsvoll und ohne allzu grobe Verstöße gegen den guten Geschmack verewertet hat. Das gilt nicht nur für das Äußere, sondern im großen und ganzen auch für die Innenräume. Wer keinen zu hohen Maßstab anlegt, wird zugeben, daß alles klug durchdacht und das meiste geschickt und geschmackvoll ausgeführt ist. Einzelne Teile, z. B. die Wandelhalle, gehören mit ihren harmonischen Proportionen und schönen Perspektiven zu dem Erfreulichsten, was jene schlimme Zeit geschaffen hat.

Woher kommt es nun, daß der Gesamteindruck aller dieser Räume ein so niederstimmendes, brutales, daß der Aufenthalt in ihnen eine Tortur für jeden ist, der auch nur eine Spur von ästhetisch kultiviertem Empfinden besitzt? Die Antwort löst sich mit wenigen Worten geben. Es ist das „Schmückende“ Drum und Dran, es sind die ornamentalen und dekorativen Beigaben, die die an sich nicht üblen Räume in wahre Wustensprosseln verwandeln. Wallot ist hier am wenigsten der schuldige Teil. Seine selbständigen Beschlüsse haben das Unheil angerichtet.

Die Dekoration, das Ornament soll dazu dienen, den architektonischen Raumeindruck zu verdeutlichen, seine Absichten zu betonen, die rhythmischen Gliederungen der Flächen klarer zum Bewußtsein zu bringen. Hier aber sind der Raum und die Fläche nichts weiter als dienende Träger der Schmuckformen. Italienische Renaissance, Barock und Rokoko, Details englischer Gotik usw. sind wahllos durcheinandergewürfelt, mit barbarischen Farben bedeckt, ohne organischen Aufbau, ohne rhythmische Stufung, nur auf Grund akademischen Wissens und technischer Routine mofaktartig zusammengestellt und übereinander gehäuft. Wie ein wuchernder Schimmelpilz überzieht das ornamentale Element die gesamte Innenarchitektur des Hauses, verdeckt und verunstaltet sie in propädeutischer Ueberladtheit. Nirgends ist ein einheitlicher Grundgedanke bei der Anordnung erkennbar. Dabei wurde ein zum Teil wertvolles und an sich schönes Material heillos verschwendet. Wie ruhig und vornehm könnte z. B. der Plenarsitzungs-saal mit seiner Holzgliederung wirken, wenn man den Eindruck auf die ausgebehten, großzügig gegliederten Flächen gestellt hätte! Aber von der Schönheit eines solchen, nur durch seine harmonischen Verhältnisse wirkenden Säulendynamos ist nichts übrig geblieben. Allenhalten hat man irgendeinen plastischen oder farbigen „Schmuck“ angebracht. Sogar an dem Vorderstuhl des Präsidenten durfte kitschige Lapaziererkunst sich vergreifen. Und die vorläufig fast gefassenen Flächen erwecken schauernde Erwartung des noch Kommenden. Von den Erleuchtungsfällen ist der Saal einwandfrei. Ramentlich die

Decke wirkt ruhig und wohlthuend. Um so fürchterlicher erscheint der Langsaal mit dem von wild gewordenem Spinat bedeckten Tonnengewölbe. Man genieße einmal den Gesamteindruck dieses Raumes von einer der Eingangstüren aus, und ich glaube, selbst der wenigst Vermögende muß die Empfindung eines schlechten Bisses, einer Parodie auf raumkünstlerische Gestaltung bekommen. Wie schön könnte vom Ruppelraum der Wandelhalle der Blick in die beiden Seitenhallen wirken. Nach beiden Richtungen hin wird das Auge zu den sein gestuften, in leichten Gemäldelinien ausfallenden Abschlüssen des Raumes geführt. Aber in den Ecken der durchquerenden Brücken hat man plastische Gebilde angebracht, die mit ihren aufdringlichen Formen den Blick unterbrechen und die schöne architektonische Wirkung rettungslos zerstören. Und im Ruppelraum selbst ist ein Standbild Wilhelm I. platziert, ein nächtlicher, phantastischer Marmorbild ohne jeden künstlerischen Wert, der überdies auf einseitige Vorderansicht gearbeitet ist und daher allensfalls gegen eine Wand oder in eine Nische, aber nie und nimmer in die Mitte eines Raumes gestellt werden durfte. So ist auch hier ein architektonisch schöner Raum durch eine ungeschickte Beigabe verunstaltet worden.

Es fehlt leider der Platz, um noch mehr Beispiele anzuführen. Aber es drängt sich die Frage auf: Wie kann diesen Ungeheuerlichkeiten abgeholfen werden, die das deutsche Reichstagshaus zum häßlichsten Parlament der Welt machen? Die Räume selbst sind, wie ich schon sagte, keineswegs schlimm. Das Weisheit hat sie verbannt. Kann das beseitigt werden? Nur zum Teil leider und nur durch ein radikalstes Eingreifen. Durch Ueberstümpfen solcher Monstrositäten, wie der grünen Decke des Erleuchtungssaumes, und durch resolute Wegschleppen des ornamentalen Kitsches und Fortschaffen von Plastiken, die an sich das künstlerische Gefühl verlegen oder die an Stellen stehen, an denen sie den Raumeindruck zunächst mochen. Die Arbeit wäre im wesentlichen ein Reinigen und Aufräumen. Für sie müßte ein Künstler berufen werden, der den Gesamtentwurf selbständig fertigstellt und die Einzelanfertigung Beschlüssen überträgt, die er selber auswählt. Dann könnte vielleicht etwas Einheitsliches und Stilgerechtes zustande kommen. Daß für die Aufgabe keiner der Altmodernen geeignet ist, bedarf keiner näheren Begründung. Die Kunst zwischen dem künstlerischen Wollen und dem hier Vorhandenen und zu Verwirklichenden wäre unüberbrückbar. Es müßte einer sein, der, wo es nicht anders geht, zu vermitteln versteht, der weise und abgeklärt genug ist, aus dem Möglichen das Beste zu wählen. Und einer, dessen persönlicher Stil die Note des Genies, trotzvoll Wuchtigen hat. Es wird nicht leicht zu finden sein. Denn für ein wirklich schöpferisches Genie ist die Reinigung eines Augiasstalles keine vorletzte Aufgabe.

Tagung des Deutschen Bücherloverbundes. Der im September 1921 bearbeitete Bücherloverbund hielt in Cassel in Verbindung mit der Jahresversammlung des Vereins Deutscher Bibliothekare seine erste Hauptversammlung ab. Durch den Verband hat der Gedanke des Zusammenstufes aller deutschen Volksbibliothekare ohne Unterschied ihrer büchereipolitischen Richtung seine Verwirklichung erfahren. Auch die Bibliothekare Deutschösterreichs soll der Deutsche Bücherloverbund aufnehmen. Zweck des Verbandes

ist, die Selbständigkeit des volksbibliothekarischen Berufes zu fördern und der Bedeutung der deutschen volksbibliothekarischen Büchererkenntnis zu verhelfen, sowie durch Reich, Länder und Gemeinden ihre Förderung zu betreiben. Der Verband tritt insbesondere mit Nachdruck ein für den Gedanken der Zentral- und Beratungsstellen für das volksbibliothekarische Wesen, ohne dabei aber im Dienste einer der bestehenden Richtungen zu arbeiten. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen in Cassel bildete neben der Beratung der Satzungen die Frage der Ausbildung für den haupt- und nebenamtlichen Dienst an Volksbibliotheken. Die von dem Referenten Prof. Dr. Fröh-Charlottenburg in Uebereinstimmung mit dem Korreferenten Walter Hofmann-Leipzig aufgestellten Thesen, die sich für die grundsätzliche Trennung der volksbibliothekarischen Ausbildung von der Vorbereitung für den Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken aussprechen, wurden einstimmig angenommen.

Hellabrunns Ende. Man schreibt uns: München verliert seinen Tierpark. Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, hat er jezt seinen letzten Sonntag erlebt. Einige Tage darauf werden die Tiere nach Nürnberg befördert. Bayerns zweite Stadt hat fortan den Tierpark vor der Hauptstadt voraus. — Wer je einmal am Endpunkt Telferchen der Münchener Straßenbahn über die steinerne Stabbrücke an einem schönen Tage in den Tierpark Hellabrunn hinübergegangen ist, der hat gewiß die seltsame Luft der Höheebene und den weiten Blick rechts, Adwärts, dem tiefen Stufenabfall folgend, nicht vergessen. Und dieses Gefühl der Höhenwonderung hat einen auch in Hellabrunns Wald und Wiesen nicht verlassen. Kein Käfig hielt die Tiere, nur tiefe Gräben vor ihren Fellen oder steile Turmwände ihrer Erdbäcker trennten sie vom Publikum, und das genigte; nur der Bögel Flugfeld war weitem drohtvergrünert. Im Anfang freilich war man etwas schicksalhaft gewesen und es gab damals in München eine lustige Wittenjagd mit ziemlich negativem Erfolg. Weit auseinander lagen die Tiermengen, dazwischen stand der Laubwald, lag die Wiese mit einigen Wunderbuden und die Schweinsmärselbraterel mit dem Bierausfluß, wo man sich „sei Sach“ selber holte.“ Jezt haben die Münchener Kinder keinen Zoo mehr. r. b.

Die Landvolkskassell in Sonnetragland. Der letzte großrussische Landvolkskassellkongreß in Moskau brachte nach den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft eine sehr trübe Statistik über die Landvolkskassell in Rußland. Der Viehbestand hat sich um etwa 25 Proz. verringert, die Schafe sogar um 40 Proz. Hinsichtlich der Andouffische wurde keine Besserung festgestellt. Etwa 40 Proz. der russischen Bauern befinden sich in der schwerigsten Lage. Ein Lichtblick in diesem Dunkel ist, daß die Feldbestellung nun in ganz Rußland mit gutem Erfolg zu Ende geführt wird und die Andouffische die gleiche ist wie im Vorjahre. Die Bauern führen die Bestellung trotz der herrschenden Hungersnot aus.

Zwei Philharmonische Orchester veranstalten im kommenden Winter 5 außerordentliche Abonnementskonzerte unter Leitung von Professor Georg Schnewogl, am Mittwoch, den 20. September, 30. Dezember, 10. Januar, 7. Februar und 4. April. Abonnements-sammelungen schriftlich an die Konzertdirektion Leonhard, B 2, Schellingstr. 2.

Die Polizeibeamten für die Republik.

Stuttgart, 16. Juli. (WZ.) Auf der vierten Sitzung der Polizeibeamten Deutschlands wurde zu dem Reichstag zurzeit vorliegenden beiden Gesetzentwürfen zum Schutze der Republik folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

1. Der Reichstagsbeschluss billigt den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik.
2. Wenn sich aus Anlaß innerpolitischer Unsicherheit die vorantrockelnden Regierungsstellen und gesetzgebenden Körperschaften im Interesse der Staatsordnung zu gesetzgeberischen Maßnahmen veranlaßt sehen, die zwar an sich eine Beschränkung des öffentlichen Charakters der Beamten bedeuten, so muß doch eine vorkonstitutionelle Polizeibeamtenschaft gerade in diesem Fall ihre eigenen Interessen hinter die des Volksganzen zurückstellen und solche notwendigen gesetzlichen Maßnahmen billigen.

Eröffnung der deutsch-polnischen Konferenz.

Warschau, 17. Juli. (WZ.) Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz fand Sonnabend früh um 11 Uhr statt. Deutschland war vertreten durch den Präsidenten der deutschen Delegation Ministerialdirektor v. Stockhammern, den deutschen Gesandten in Warschau Kaufher, Gesandtschaftsrat v. Dirksen, Begottionsrat Dr. Windel und Oberregierungsrat Jeschke. Polnischerseits waren anwesend: der Bevollmächtigte der polnischen Regierung Minister Dłuski, der polnische Gesandte in Berlin Dr. Madzyski, der Chef der Nordabteilung im Ministerium des Äußern Dr. Sadowski, der Generalsekretär Jankowski, der Vertreter des Generalsekretärs Potulski, Dr. Szajkowski und Mikulski.

Die Sitzung eröffnete Minister Dłuski, der die deutsche Delegation namens der Regierung begrüßte. Aufgabe der Verhandlungen, so führte der Redner aus, sei die Durchführung der zwischen beiden Teilen bereits abgeschlossenen Verträge und Uebereinkünfte sowie die Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, von denen das Zusammenleben beider Nationen abhängt, sowie das Zusammenleben Polens und Deutschlands unter der Parole des wirtschaftlichen Aufbaus Europas. Die polnische Regierung hat auf diesen Augenblick gewartet, in welchem die Hindernisse verschwinden würden, die zwischen Polen und Deutschland entstanden sind und welche ein Zustandekommen normaler nachbarlicher Verhältnisse nicht gestatteten. Die polnische Regierung erachtet die gegenwärtigen Verhandlungen für ein neues Glied in der Kette ihrer beständigen Friedensbestrebungen. Minister Dłuski ist der Meinung, daß das wahre Verständnis der Interessen beider Seiten, wenn vom Geiste der Verständigung getragen, zu einer Vereinbarung führen werde, die alle übrigen Fragen regelt.

In seiner Antwort betonte Ministerialdirektor v. Stockhammern, daß die deutsche Regierung von demselben Wunsche nach Verständigung getragen werde wie die polnische Regierung. Es unterliege keinem Zweifel, daß bei beiderseitigem guten Willen eine endgültige Vereinbarung erreicht werde, die die Grundlage schaffen werde zu einer gedeihlichen Entwicklung beider Länder.

Darauf legte Minister Dłuski der deutschen Delegation Entwürfe des Verzeichnisses der Fragen, die Gegenstand der Verhandlungen sein sollen, und der Geschäftsordnung der Konferenz vor.

Ministerialdirektor v. Stockhammern erklärte, er werde in kürzester Zeit seine Entwürfe vorlegen. Darauf entspann sich eine allgemeine Erörterung über einige im polnischen Programm berührte Fragen.

Die nächste Sitzung ist auf den 17. d. M. anberaumt.

Internationale Kundgebung in Paris.

Paris, 17. Juli. (WZ.) Gestern abend veranstalteten die Sozialisten eine Kundgebung für den Frieden. Es beteiligten sich hieran Vertreter der englischen und der belgischen Arbeiterpartei. Der französische Abgeordnete Sembat sagte: Das Schicksal Europas spielt sich im Augenblick in Deutschland ab. Was sich in Frankreich, in England, in Rußland ereignet, ist sehr wichtig, aber was sich in Deutschland ereignet, ist entscheidend. Es hängt zum guten Teil von uns ab, ob dort der Friede liegt oder untergeht. Der englische Abgeordnete Wallhead erklärte, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands verlangt die Revision des Versailler Vertrages. Die Klauseln dieses Vertrages stellen Deutschland in eine absolute Stellung der Inferiorität. Dieser Vertrag macht aber sowohl aus den Siegern wie aus den Besiegten zerkümmerte Völker. Der belgische Sozialistenführer Vandervelde sagte: Wir haben vor sechs Monaten erklärt, eine internationale Anleihe und die Herabsetzung der deutschen Schulden sei notwendig. Unsere Gegner erklärten, wir seien verrückt. Heute aber nehmen sie schon unseren Standpunkt an. Die reichen Mächte sind vollgeproppelt mit Geld, sie müssen am Wiederaufbau teilnehmen.

Eine Mystifikation.

In der letzten Sonntagsnummer gaben wir eine Korrespondenzmeldung aus Budapest wieder, wonach der Verband der „Erwachenden Ungarn“ durch Vermittlung des sozialdemokratischen ungarischen Abgeordneten Peyer sich an die Zweite Internationale gewandt habe, um für die Rathenau-Mörder ungarische christliche Verteidiger in Deutschland stellen zu lassen.

Wir hatten die Meldung mit der Ueberschrift „Internationale des Mordmordes“ versehen, um schon dadurch anzudeuten, daß die „Erwachenden Ungarn“ und die deutsch-polnischen Mordhaken eine große Gemeinsamkeit der Gesinnung umschließt. Daß der Sozialdemokrat Peyer sich wirklich zum Vermittler eines so unerschämten Verlangens der „Erwachenden Ungarn“ machen könnte, haben wir und wahrscheinlich auch keiner unserer sozialdemokratischen Leser auch nur einen Augenblick angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion des ungarischen Parlaments befaßt uns nun diese Auffassung durch ein Telegramm, in dem sie jene Meldung als eine gemeine Mystifikation und einen Mißbrauch mit dem Namen des Genossen Karl Peyer bezichtigt. So heißt in dem Telegramm weiter:

„Zwischen den ungarischen Sozialdemokraten und den „Erwachenden Ungarn“ gibt es eine zu große Kluft als daß ein Sozialdemokrat mit den letzteren in Verbindung gebracht werden könnte. Es scheint von den „Erwachenden Ungarn“ beabsichtigt zu sein die sozialdemokratische parlamentarische Fraktion der ungarischen Nationalversammlung vor den Sozialisten im Ausland in Mißkredit zu bringen.“

Ihr freuen uns, daß es uns zu finden, daß in Ungarn sowohl wie in Deutschland der reaktionäre „Erwachende“ nur der stärkste Kampf gilt, aber keinerlei Beziehungen sonstiger Art möglich sind.

Die Vorbereitungen zum Mord.

Die umfangreiche und mühselige Arbeit der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zur Aufklärung des Anschlages, dem der Außenminister Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist, hat die Tage so weit geföhrt, daß die Namen von weitaus beteiligten Personen amtlich der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden konnten. Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich das Bild ungefähr wie folgt gestaltet:

Schon im April d. J. sprach der 17 Jahre alte Schüler Hans Stubenrauch, ein Mitglied des Bundes des Aufrechten, mit dem Studenten Wilhelm Günther, der ebenfalls Mitglied des Bundes der Aufrechten, zugleich aber auch Mitglied des Deutschen Bundes und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten war und der sich fälschlich für einen Reserveoffizier ausgab, von einem Plane, Dr. Rathenau zu ermorden. Stubenrauch erzählte, er habe aus der Bekanntschaft der Werke Rathenaus die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser für das Deutsche Reich ein Schädling sei und beseitigt werden müsse. Er sprach erst von dem Plane, ihn im Reichstage zu erschleßen, dann auf Einwendungen Günthers davon, den Plan in seinem Privatbureau auszuführen. Zu einer bestimmten Verabredung kam es damals nicht. Der Plan kam auch zur Kenntnis des Gymnasiallehrers Hans Gerd Tschow, der früher Mitglied der Organisation C und des Deutsch-polnischen Schutz- und Trugbundes war und dann hörte auch Ernst Werner Tschow davon, einst Zeitschriftwilliger in der Ehrhardt-Brigade und Mitglied der Organisation C, jetzt Student. Hiernach wurde auch zwischen Günther und Werner Tschow über den Plan gesprochen. Am 16. Juni war man in Berlin so weit, daß in der Wohnung der Frau Tschow, in deren Umkleekabinett zwischen Günther, Hans Tschow, Fischer und Kern eine Unterredung über den Nordplan stattfand. Eine zweite Unterredung fand am 20. Juni im Siegliger Restaurant statt. Hier wurde Stubenrauch, der nicht anwesend war, ausgeschieden, weil Kern ihn nicht für geeignet hielt. Am 21. Juni trafen sich Günther, Hans Tschow, Fischer und Kern nach einem Besuch des Tuchers in der Friedrichstraße am Löhmpfad und fuhrten mit dem Kraftwagen Küchenmeisters, der damals in einer Garage in Wilmersdorf stand, nach Nikolais. Auf der Rückfahrt flogen, während Hans Tschow allein im Wagen blieb, Fischer und Kern in der Wannseegegend aus und veranstalteten im Grunewald eine Schießübung mit der Pistole, aber noch nicht mit der Maschinengewehr. Werner Tschow hatte nach seinem ersten Gespräch mit seinem Bruder und der späteren Unterredung mit Günther von dem geplanten Anschlag nichts mehr gehört, bis er am Sonntag, den 18. Juni, unter dem Stichwort Frisch zu einem Besuch nach dem Pensionat am Schiffbauerdamm durch den Fernsprecher gebeten wurde. Hier empfingen ihn Fischer und Kern, die am 16. Juni abgefliegen waren. Beide erkundigten sich bei ihm nach dem Auktionsplane, von dem sie durch Günther gehört hatten. Weil aber Werner Tschow nichts wußte, als was er durch die ersten Andeutungen seines Bruders und Günthers erfahren hatte, so veranlaßten Fischer und Kern, daß durch Vermittlungen Hans Tschows Günther selbst herangeholt wurde. Werner Tschow hatte Fischer und Kern nach dem Pensionat gebeten, um ihn, nachdem man auf den Privatdetektiv Niebrich aus Hamburg hatte verzichten müssen, weil er keinen Führerschein besaß, für die Führung des Autos zu gewinnen. Das gelang ihnen auch und so standen schon am 18. Juni die erforderlichen drei Mann zur Durchführung des Planes in Berlin bereit.

Hier zu uns!

Die arbeitende Jugend an die Lernende.

Der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin erläßt folgenden Aufruf an die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten Groß-Berlins:

An diejenigen unter Euch wenden wir uns, denen die jüngsten Ereignisse die Augen geöffnet haben. Die bürgerliche Welt, der Ihr angehört, ist geistig und sittlich zusammengebrochen: Offiziere, Studenten, höhere Schüler und andere „Gebildete“ sind die Träger einer Bewegung, die auf die Wiederaufrichtung der militaristischen Gewalt herrschaft, von der wir uns kaum befreit haben, hinarbeitet und dabei vor keinem noch so abschaulichen Mittel zurückschreckt. Schandung, Verleumdung, Mord, das sind die Waffen, deren sich eure Kameraden und Klassenangehörigen bedienen, um ihre Ziele zu erreichen. Aus eurer Mitte sind die demagogischen, die Erzberger, Rathenau und so manchen anderen geistigen Führer des neuen Deutschland ermordet haben — und das wollt Ihr länger ruhig mit ansehen? Wollt Ihr Euch durch Untätigkeit mitschuldig machen an den Gewalttaten der reaktionären Verschwörer? Oder wollt Ihr Euch nicht lieber abwenden von dieser „Kultur“, die keine Kultur mehr ist, und Euch denen anschließen, die Träger des Neuen, des Fortschritts sind? Die Organisation der jungen Arbeiterschaft steht Euch offen, gern bereit, alle die von Euch, die christlichen Herzens zu ihr kommen, aufzunehmen. Die sozialistische Arbeiterjugend bietet Euch die Hand. Vereint mit ihr sollt Ihr den Weg des Fortschritts beschreiten und der neuen Zeit zukunftsroh entgegenziehen. Alle höheren Schüler und Schülerinnen, die sich unserer Bewegung anzuschließen gedenken oder sonst Interesse für sie haben, werden gebeten, ihre Adresse an das Jugendsekretariat des Vereins „Arbeiterjugend Groß-Berlin“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof 4 Tr., einzufenden.

Großfeuer bei Orenstein u. Koppel.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wüthete in Spandau in der in der Hamburger Straße gelegenen Waggonbauanstalt von Orenstein u. Koppel ein gewaltiges Feuer, dem nicht weniger als 20 neue Eisenbahnwaggons zum Opfer fielen und das einen Schaden von mehreren Millionen Mark angerichtet hat. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen; auch die Feuerwehrleute sind unverletzt geblieben.

Das Feuer, über dessen Entstehung noch nichts ermittelt werden konnte, wurde erst bemerkt, als die Flammen schon aus dem Fabrikgebäude emporloderten. In den dort in Arbeit befindlichen fast fertigen Waggons, den reichen Holz- und Lagervorräten usw. hatte das Feuer reiche Nahrung gefunden. Unter Leitung des Brandingenieurs Müller nahm die Spandauer Berufswehr, von der Staaken freiwilligen Feuerwehr unterstützt, sofort mit drei B. und fünf C-Röhren den Kampf gegen das entsetzliche Element auf. Bei der gewaltigen Ausdehnung des Brandes mußte sich die Wehr darauf beschränken, ein Weitergreifen des Feuers zu verhindern. Das in Brand geratene Fabrikgebäude bildete bereits bei der Ankunft der Wehr ein einziges Flammenmeer, so daß weder die Vorräte noch Maschinen oder Waggons gerettet werden konnten. Das etwa 60 Meter breite und 100 Meter lange Gebäude ist vollständig ausgebrannt, nur die Grundmauern stehen noch. Nach dem Rückzug der Spandauer Feuerwehr hatte die Werkweh nach den ganzen Sonntag über mit der Ablösung der an verschiedenen Stellen aufglühenden kleinen Brandherde zu tun. Auch die Aufräumungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, sie dürften voraussichtlich erst im Laufe der nächsten Tage beendet sein. Die seitens der Firma mitgeteilt wird, erleidet der Betrieb der Spandauer Waggonfabrik durch den Brand keinerlei Störung, da bereits Vorarbeiten getroffen sind, die Arbeiten, die bisher in der durch das Feuer zerstörten Waggonhalle vorgenommen wurden, in den anderen unverletzt gebliebenen Abteilungen der Fabrik ausführen zu lassen. Die Aufräumungsarbeiten dürften wehrlange Tage in Anspruch nehmen.

Der Berliner Ferienverkehr.

Eine halbe Million Reisende in den ersten Ferientagen.

Die Angaben über die Verteuerung des Reiseverkehrs — die Eisenbahnfahrpreise sind etwa um das Dreifache die der Friedensjahre erhöht — haben nicht vermocht, den Ferienverkehr einzuschränken; in den ersten Ferientagen, vom 5. bis zum 11. Juli, sind von Berliner Bahnhöfen nicht weniger als 506 320 Reisende abgefertigt worden. Das bedeutet gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres — vom 7. bis 13. Juli 1921 wurden 431 535 Personen befördert — ein Mehr von 17 790 p. h. Den größten Andrang hatten wieder, wie die „Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ mitteilt, die Fernbahnhöfe der Stadtbahn zu bewältigen, die insgesamt 150 633 Reisende abfertigten, davon allein der Schlesische Bahnhof 97 112, der Stettiner Bahnhof beförderte in diesen Tagen 103 595 Personen, an seinem verkehrsreichsten Tage, am Freitag, dem 7. Juli, allein 19 325; es folgt der Anhalter Bahnhof mit 69 450 Reisenden, der Behrter Bahnhof mit 53 235, der Potsdamer mit 25 186 und der Grlitzer Bahnhof mit 24 239 Reisenden. In den 20 Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebureaus (M.R.) wurden allein 51 070 Fahrkarten verkauft, 16 074 mehr als im Vorjahre. Der stärkste Reisetag war Sonnabend, der 8. Juli, an dem über 90 000 Reisende Berlin verließen. Um diesen Andrang der Hunderttausende zu bewältigen, stellte die Eisenbahndirektion in den Tagen vom 6. bis zum 10. Juli insgesamt 186 Ferientzüge ein, am Sonnabend allein wurden 57 Züge zur Entlastung der fahrplanmäßigen Züge gefahren. Während fast alle Berliner Bahnhöfe eine starke Zunahme des Ferienverkehrs aufzuweisen hatten — der Stettiner Bahnhof allein z. B. 24 623 Reisende — ging die Zahl der vom Behrter Bahnhof Abreisenden gegen das Vorjahr um 10 542 oder fast 23 p. h. zurück. Recht stark war auch die Nachfrage nach den etwa 50 Ferientsonderzügen, die im Juli verkehrten. Trotz der vielfach übertriebenen Nachrichten über die Teuerung in Bayern waren gerade die Sonderzüge nach Süddeutschland fast stets in den ersten Tagen des Vorverkaufes voll besetzt, besonders die Züge nach München. Die Sonderzüge nach Hamburg und Stettin wurden nicht ausverkauft, dagegen mußten nach Königsberg drei neue Sonderzüge eingeleitet werden, da die vorgesehenen zwei Züge der Nachfrage nicht genügten.

Wieder ein Leichenteufel.

Auf die Spur eines Verbrechens weist ein Leichentufel, der am Sonnabend nachmittag im Hohenzollernkanal zwischen Lehnh und Havelhauken gemacht wurde. Ein Angler fand in der Nähe des Kilometersteins 24,2 im Schiffe ein Paket, das einen aus dem Anselgelent herausgeschälten menschlichen Fuß enthielt. Der Fuß, der entweder von einem jungen Ranne oder einer weiblichen Person stammt, kann noch nicht lange im Wasser gelegen haben, da Haut und Nägel noch vorhanden sind. Teile der Umhüllung, braunes Packpapier, waren noch vorhanden, doch fehlte der Bindfaden, mit dem es verschürt gewesen war. Doch das Paket verschürt ins Wasser geworfen worden ist, zeigen die Einbrüche am Fuß. Der Fund wurde zunächst nach Lehnin gebracht und dort noch am Sonnabend abend von dem Kriminalkommissar Dr. Niemann, der von der Berliner Kriminalpolizei dorthin entsandt worden ist, befragt. Dieser traf Anordnungen, daß das Gewässer in der dortigen Gegend weiter abgesehen wird. Es wird vermutet, daß auch die übrigen Leichenteile in den Kanal geworfen worden sind. Möglich ist allerdings auch, daß ein Ausflügler das Paket dorthin geworfen und die anderen Teile der Leiche in einer anderen Gegend ins Wasser geworfen oder vielleicht auch vergraben hat.

Eine Erhöhung der Bierpreise findet von heute ab statt. Eine Flasche Bier (Schultheiß) kostet 6 M. Ein Kasten Flaschenbier 150 M. Dementsprechend sind alle übrigen Preise für die Tonne, für Weib- und Karamellbier usw. in die Höhe geschraubt worden. Die Preissteigerung findet statt auf Veranlassung des Schutzbundes der Norddeutschen Brauereien, der sie natürlich auch wieder auf die „außerordentliche Steigerung der Löhne“ zurückführt. Im Ausschusse wird das „Glas in einfacheren Gastwirtschaften (ohne Refektor) auf 8 M., in anderen Gastwirtschaften auf 9 M. zu stehen kommen.

Selbsthilfe des Publikums gegen die Trittbrettschaden. Am gestrigen Sonntag ist das Publikum gegen die Lasten der Trittbretter als Trittbretter beim Fahren zu benutzen, eingeschritten. Als mehrere Fahrgäste trotz aller Warnungen und trotz des kalten, regnerischen Wetters sich nicht dazu bequemen wollten, ihre lustigen Plätze zu verlassen, machten einige Reisende kurzen Prozeß. Man nahm die Helden unsanft beim Kragen und zog sie unter allgemeiner Zustimmung in die Abteile, wo man noch Platz schaffte.

Kartoffelpresse, wie sie sein sollen. Die Kommission zur Ermittlung von angemessenen Kartoffelpreisen für die Provinz Brandenburg hat kürzlich für brandenburgische Speisefertoffeln alter Ernte einen Erzeugerpreis (Angemessenheitspreis) von 100 bis 110 Mark pro Zentner ab Erzeugerleistung festgesetzt. Den Kleinhandlern billigt die Preisprüfungsstelle für brandenburgische Kartoffeln alter Ernte jeht 20 Prozent Verdienst zu.

Abkürzung eines französischen Flugweges. Am Sonntag nachmittag startete ein Flugzeug der französisch-rumänischen Luftschiffgesellschaft, das kurz vor 4 Uhr in Straßburg mit vier Fahrgästen, sämtlich Engländer, aufgeflogen war, bei Zobern ab. Sämtliche Fahrgäste sowie der Flugzeugführer wurden geidlet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Heitweils ausfallend aber noch kühl und überwiegend trübe mit weitaus Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Arbeiterport.

Freie Turnerschaft Deutschlands. Die Teilnehmer zum 1. Arbeiter-Bundes-Turn- und Sportfest in Leipzig treffen sich zur Abfahrt Freitag, den 21. Juli, mittags 12½ Uhr. Ebstorferrestaurant „Gais“, Richardstraße. Abfahrt des Zuges 8.33 ab Anhalter Bahnhof.

Zum Arbeiterturn- und Sportfest, welches in Leipzig am 22. bis 25. d. Mts. stattfinden wird, werden eine Reihe von Gesellschaftsbesonderheiten geladen werden, für die die Fahrtausgabe durch den Verbandsrat des Sportbundes in Leipzig erfolgt. Diese Sonderzüge gehen nach Leipzig am 21. d. Mts. zur Verfügung, die die Fahrpreisermäßigung für Augenblicke zugunsten der Augenblicke in Anspruch nehmen und zum halben Fahrpreis in der 4. Klasse befördert werden.

Sport.

Kennen zu Grunewald am Sonntag, den 16. Juli.

1. Kennen. 1. Ehnau (Grunewald), 2. Bollen (Reinhold), 3. Ehnau (H. Beer). Tot: 25:10, 11:16, 24:10. Ferner liefen: Royal Blue, Van Tomon.
2. Kennen. 1. Kessle (H. d. Kellernberg), 2. Brünne (Hollendauer), 3. Propylor (Schultheiß). Tot: 71:10, 11:10, 13:20:10. Ferner liefen: Echnau, Ringen, Abenau, Gaisl Berlin.
3. Kennen. 1. Blad (Roi) (H. Weis), 2. Palm (Strangstein), 3. Tot (Wale). Tot: 100:10, 11:10, 15:10. Ferner liefen: Joanne, Eise, Damiana, Simado, Colmar II.
4. Kennen. 1. Gullst (H. Herder), 2. Herite (H. Keller), 3. Gullst (H. Hollendauer). Tot: 65:10, 11:10, 17:10. Ferner liefen: Fackler, Post, Waig.
5. Kennen. 1. Seerüge (Mann), 2. Abler (Abler), 3. Abler (Wismar). Tot: 68:10, 11:10, 15:10. Ferner liefen: Kerschburg, Weis, Sandmann, Flugschrit, Kofelore.
6. Kennen. 1. Rosenborn II (Schultheiß), 2. Alth (H. Schmitz), 3. Abader (Schmitz). Tot: 71:10, 11:10, 15:10. Ferner liefen: Gullst, Gullst, Eise, Tannh, Wilmmer.
7. Kennen. 1. Darmstadt (H. Ditzig), 2. Kicatin (H. Keller), 3. Kicatin (H. Hollendauer). Tot: 49:10, 11:10, 17:10. Ferner liefen: Einhart, Noderich, Egnan, Talsman, Gullst, Gullst, Gullst.

